

## Apotheken drohen Einbußen

Staatssekretärin Flach macht Zugeständnisse



Die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Ulrike Flach, FDP, setzt sich für die Apotheker ein Foto: Pressefotos

(LAKBB) Es ist ein Spiel mit dem Verbraucher. Das Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG) zwingt die Apotheken in Deutschland zu unliebsamen Sparmaßnahmen, die schlussendlich den Patienten belasten werden. Eine flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln wird gefährdet.

Am 1. Januar wurde der Zwangsabschlag der Apotheken an die Krankenkassen von 1,75 Euro auf 2,05 Euro je Packung angehoben. Diese Änderung gilt vorerst für die Jahre 2011 und 2012. Die vom Pharmagroßhandel zu leistenden zusätzlichen Sparbeiträge werden nach aktuellen Marktzahlen durch die Großhändler umfassend an die Apotheken durchgereicht. Diese Doppelbelastung können die Apotheken nicht ausreichend ausgleichen. Umsatzeinbußen von bis zu 35 Prozent werden erwartet. Vielen Apotheken droht die Insolvenz.

Abhilfe verspricht die neue Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Ulrike Flach (FDP). Gegenüber dem Deutschen Apothekerverband (DAV) äußerte sie sich Anfang Mai beim Wirtschaftsforum in Potsdam besorgt um die Entwicklung der deutschen Apotheken

und stellte eine Absenkung des Zwangsabschlags an die Krankenkassen für das kommende Jahr in Aussicht. Der DAV-Vorsitzende Fritz Becker begrüßte diese Aussage der Staatssekretärin. Die Belastungen und Einsparungen der Apotheken seien auch politisch nicht gewollt.

Michael Klauß, Geschäftsführer des Apothekerverbandes Brandenburg, schöpft durch die jüngsten Äußerungen von Staatssekretärin Ulrike Flach neue Hoffnung. „Auch in Brandenburg spüren wir die Auswirkungen des Arzneimittelneuordnungsgesetzes. Lange halten unsere Apotheken den Spardruck nicht mehr aus. Eine Entspannung der Lage ist dringend nötig. Wir werden Frau Flach beim Wort nehmen“, erklärte Klauß.

Gerade in Brandenburg könnte der Spardruck verheerende Folgen haben. Die Infrastruktur im ländlichen Raum ist oft nicht ausreichend ausgeprägt. Gerade ältere Patienten leben auf dem Land und müssen weite Wege zur nächsten Stadt und damit zur nächsten Apotheke zurücklegen. Klauß sieht in den kommenden Jahren eine Verschlechterung dieser Situation, sollte politisch nicht eingelenkt werden.

### Editorial

#### Anzeigen, Annoncen and more...

Was in anderen Verbandspublikationen schon lange gang und gäbe ist, wird jetzt auch in den LFB-Informationen nach einer entsprechenden Beschlussfassung im Präsidium des LFB beginnend mit dem Heft 3/2011 auf einer klar strukturierten Grundlage möglich sein.

Das Präsidium des LFB hat am 20.06.2011 einstimmig die Anzeigenpreisliste Nr. 1 der LFB-Informationen beschlossen und somit eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Mitgliedsorganisationen, die Freiberufler sowie wichtige Partner des Wirtschaftslebens diese Kommunikationsplattform noch besser nutzen können.

Entscheidungsleitend war dabei auch, dass mit den Erträgen aus der Anzeigenschaltung ein Teilbeitrag zur Refinanzierung der Aufwendungen für Druck und Versand der LFB -Informationen realisiert werden soll. Moderat deshalb auch die Kosten, die in der beschlossenen Anzeigenpreisliste als Bruttopreise ausgewiesen sind und bis zum 31.12.2012 gelten. Diese stellen sich wie folgt dar:

1 Seite	265 Euro
½ Seite	159 Euro
¼ Seite	95,40 Euro
1/8 Seite	57,24 Euro

Für das mehrfache Schalten von Anzeigen werden Mengenrabatte gewährt, die im Einzelfall zu regeln sind.

Als Ansprechpartnerin steht Ihnen für Ihre Anzeigenschaltung die Leiterin der Geschäftsstelle des LFB, Ines Philipp, gern zur Verfügung.



Dr. Hans-J. Wilsky  
Beisitzer im  
LFB-Präsidium

# Wachstumsmarke Freie Berufe

## Freie Berufe bauen Position als tragender Wirtschaftssektor aus

(BFB) Zur aktuellen Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen erklärte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe, Arno Metzler: „Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen ist zum Jahresbeginn von 1.114.000 auf 1.139.000 gestiegen. Dies ist ein Plus von 2,24 Prozent. Auch wenn der Zuwachs nicht ganz so üppig ausfällt wie in den vergangenen sieben Jahren, die Freien Berufe sind ein Wachstumssektor und untermauern ihre Position als wirtschaftliches, gesellschaftliches und damit politisches Schwergewicht, erwirtschaften sie doch jeden zehnten Euro. Dies leisten sie gemeinsam mit ihren Mitarbeitern. Als Arbeitgeber konnten die Freien Berufe erneut zulegen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) stieg um 1,3 Prozent, von 2.668.000 auf ca. 2.703.000. Die Zahl der Auszubildenden zog sogar um 2,4 Prozent an, von 125.000 auf 128.000. In Summe ist die Zahl derer, die als Selbstständige in den Freien Berufen tätig sind oder dort beschäftigt werden um 1,6 Prozent gestiegen, von 4.129.000 auf 4.195.000.“

Der Zuwachs fällt in den vier Säulen der Freien Berufe unterschiedlich aus: Mit plus 2,9 Prozent sind die Freien Kulturberufe von 277.000 auf 285.000 am stärksten gewachsen. Um 2,5 Prozent legten die freien technisch-naturwissenschaftlichen Berufe zu, die Zahl kletterte von 199.000 auf 204.000. Ein Plus von 2,3 Prozent verzeichnen die freien rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufe, die von 303.000 auf 310.000 zulegten. Die freien Heilberufe zogen an um 1,5 Prozent, von 335.000 auf 340.000. Zudem lässt sich feststellen, dass das Plus von 0,2 Prozent in den berufsrechtlich geregelten Freien Berufen kaum merklich ist, während bei den nicht verkammerten Freien Berufen ein Anstieg von 3,7 Prozent stattfand.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat offenbar zu einer Verschiebung insbesondere bei den berufsrechtlich geregelten Freien Berufen geführt. Gerade diejenigen, die in den ersten Gründerjahren Anlaufschwierigkeiten haben, scheinen dazu zu tendieren, von der Selbstständigkeit in die abhängige Beschäftigung zu wechseln. Auch zeigen sich die große Dynamik und die prägende Speerspitzenstellung, welche die Freien Berufe bei der Entwicklung hin zur Dienst-

leistungsgesellschaft haben. Neue Berufsbilder sind bei den Freien Berufen ein etabliertes Phänomen, verstärkt durch den Trend zur Spezialisierung. Aktuelle Beispiele etwa wären der Wissens-Scout, der Allergieberater, der Informationsarchitekt oder der Migrationsberater.

Das Gründungsgeschehen in den Freien Berufen ist seit Jahren hoch und könnte noch höher sein, wenn die Rahmenbedingungen für Existenzgründer besser wären. Die Bereitschaft sich selbstständig zu machen, könnte durch eine Anschubfinanzierung von staatlicher Seite zunehmen. Auch ist dringend darauf hinzuwirken, Finanzierungsmöglichkeiten besser auf Freie Berufe zuzuschneiden, da hier klassische harte Sicherheiten eher die Ausnahme sind, aber regelmäßig zur Besicherung gefordert werden. Die Verantwortlichen sind aufgefordert, die besonderen Wachstumspotenziale der Freien Berufe und den bei ihnen existierenden Leistungswettbewerb anzuerkennen. Es sind den Strukturen feste Marktregeln zu geben, die sie für ihren Bereich benötigen. Im Sinne des Verbraucherschutzes und des Gemeinwohls kann ein feilschender Preiswettbewerb dabei nicht die Leitplanke sein. Schlussendlich muss der Staat sich selbst entlasten und neue Märkte für die Freien Berufe erschließen, indem weitere hoheitliche Aufgaben übertragen werden.“

## Wussten Sie schon?

### Aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU zur Lage der Freien Berufe im Land Brandenburg

Sie hatten es in sich, die insgesamt 75 Fragen, gegliedert in acht Komplexe, die die Fraktion der CDU zur Lage der Freien Berufe an die Landesregierung richtete und deren Ergebnisse auf der Tagesordnung der Landtagssitzung am 19. Januar standen. Doch nicht nur die Fragestellungen zeugten von hoher Sachkenntnis und einem großen Problembewusstsein, auch die Antworten der Landesregierung waren ausführlich, informativ und umfassend. Natürlich ist es im Rahmen unserer LFB-Informationen nicht möglich, auf alle Aspekte ausführlich einzugehen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle bereits die Empfehlung aussprechen, den vollständigen Text der Großen Anfrage nachzulesen ([www.landtag.brandenburg.de](http://www.landtag.brandenburg.de) unter Plenum / Tagesordnungen). Um Ihr Interesse weiter zu wecken, im Folgenden einige „Informationssplitter“:

... Wussten Sie schon, dass

- es keine konsolidierte Statistik gibt, aus der die Zahl der Freiberufler im Land Brandenburg entnommen werden kann (Schwankungsbreite zwischen 25.300 und 34.000 Personen nach den Daten des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg bzw. dem Institut für Freie Berufe Nürnberg (IFB),

- es nach den Daten des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg Ende 2009 in den Freien Berufen insgesamt 176.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gab, davon 30 Prozent männliche und 70 Prozent weibliche Mitarbeiter,
- die Verschärfung des Fachkräftemangels speziell bei technischen und naturwissenschaftlichen Berufen sowie in der Gesundheitswirtschaft durch den demografischen Wandel mittelfristig eintreten wird,
- die Erwerbslosenquote direkt vom Bildungsabschluss abhängig ist. Nach dem nationalen Bildungsbericht beträgt diese bei Hochschulabsolventen drei Prozent, bei Facharbeitern sechs Prozent, ohne Bildungsabschlüsse zehn Prozent. Diese Entwicklung wird sich auch in Brandenburg konkretisieren.
- Zurzeit etwa 4500 Auszubildende in Verantwortung der Freien Berufe auf ihren Berufsabschluss vorbereitet werden

und und und ...

Viel Spass bei der Lektüre!

Dr. Hans-J. Wilsky

# Volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Osteuropa

Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt noch nicht vorhersagbar



(BBIK) Ab dem 01. Mai 2011 haben sich die Grenzen zu einigen Europäischen Ländern geöffnet. Arbeitnehmer aus acht osteuropäischen Ländern können ab diesem Datum ohne Beschränkungen in Deutschland arbeiten. Dann gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für die neuen EU-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Eine Arbeitserlaubnis benötigen sie nicht mehr. Damit enden die Übergangsbestimmungen, die mit dem EU-Beitritt dieser acht Staaten im Jahr 2004 vereinbart wurden. Die Übergangsfristen hatten die EU-Länder ganz unterschiedlich genutzt. So öffneten Großbritannien, Irland und Schweden ihre Arbeitsmärkte bereits 2004 vollständig.

Auf viele Freiberufler kommt einerseits zwar ein größerer Wettbewerb zu, andererseits besteht aber auch die Chance, sich an neuen landesübergreifenden Projekten zu beteiligen. In den neuen EU-Mitgliedsstaaten werden genauso Fachkräfte gesucht wie in Deutschland. Mit umfangreichen Fachkenntnissen könnten hier neue Tätigkeitsfelder entstehen.

Dass dies eine stetige Weiterbildung in einzelnen Fachthemen aber auch in

Fremdsprachen erfordert, ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Engagement und heutzutage unabdingbar. Die Öffnung des Arbeitsmarktes sollte als ein positives Zeichen gesehen werden – vor allem im Interesse eines starken gemeinsamen Europas. Viele Stimmen sagen, dass der zunehmende Fachkräftebedarf durch Qualifizierung von Arbeitslosen allein nicht zu decken sei. Bis 2020 werden rund 362.000 Arbeitsplätze in Berlin und Brandenburg nicht besetzt werden können, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Das geht aus der ersten gemeinsamen „Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg“ hervor, die vor einem Jahr veröffentlicht wurde.

Ob die Osteuropäer allerdings auf Dauer unser Fachkräfteproblem lösen, sei fraglich. Denn das Wohlstandsniveau und die Einkommen steigen auch dort. Außerdem trifft der demografische Wandel die Staaten in Mittel- und Osteuropa zum Teil stärker als uns in Deutschland. So rechnet die Bundesagentur für Arbeit damit, dass bundesweit jährlich bis zu 140.000 Arbeitskräfte aus Osteuropa zeitweilig oder dauerhaft einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen werden. Für Fachkräfte werde die Konkurrenz keine große Bedeutung haben. Der zusätzliche Wettbewerb werde nach

Angaben der Arbeitsagentur vor allem unter Ungelernten entstehen. Es wachsen aber auch die Befürchtungen, dass die Nachbarn das Lohngefüge in Deutschland durcheinanderbringen könnten. Dazu kann gesagt werden, dass sich ausländische Firmen, die ihre Leistungen in Deutschland anbieten, auch an deutsche Tarif- oder Mindestlöhne halten müssen. Einziger Vorteil dabei ist, dass ihre niedrigeren Steuern und Sozialabgaben wesentlich günstiger sind als in Deutschland.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit soll keine Einbahnstraße sein, sondern ein partnerschaftlicher Austausch, von dem auch deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren werden. Was die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt am Ende wirklich bedeute, könne aber erst einige Zeit nach dem 1. Mai 2011 richtig eingeschätzt werden.

## Polnische Leiharbeiter ignorieren deutsche Grenzöffnung

Laut einer Meldung auf [spiegel-online](http://spiegel-online) bleibt die Billiglöhnerschwemme aus. Die Öffnung der deutschen Grenzen für osteuropäische Leiharbeiter hat bislang kaum Wirkung gezeigt. Für Geringverdiener aus Polen zum Beispiel sei die Bezahlung in der Bundesrepublik einfach zu schlecht.

Die Zeitarbeitsfirma Manpower erklärt das folgendermaßen: „Deutschland ist nicht attraktiv für Geringverdiener aus Polen. Sieben Euro pro Stunde verdienen sie auch zu Hause“. Wie in 81 weiteren Ländern ist Manpower auch in Polen tätig. „Leiharbeiter aus dem Niedriglohnbereich werden durch Manpower gar nicht nach Deutschland vermittelt, dafür gibt es keine Nachfrage“, sagte die Manpower-Chefin Vera Calasan. Wenn, dann spreche man in Polen Ingenieure an, ob sie nach Deutschland kommen wollen. Denn die würden hierzulande händeringend gesucht und könnten entsprechend gut verdienen. Die Manpower-Chefin glaubt ohnehin, dass Zeitarbeiter in Deutschland über kurz oder lang genauso viel verdienen würden wie Stammkräfte.

Quelle: Spiegel online

## Oesingmann: „Qualität sichern, Kostenbelastung vermeiden“

Zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen im Deutschen Bundestag erklärte BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingmann:

„Die Freien Berufe begrüßen das Gesetz, auch aus integrationspolitischer Sicht. Einen wesentlichen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels wird das Anerkennungsgesetz aber nicht leisten können.“

Mit Sorge hatte der BFB anfänglich darauf hingewiesen, dass mit einem Anerkennungsgesetz die Berufsrechte der Freien Berufe und das damit einhergehende Qualitätsniveau nicht ausgehebelt werden dürfen. In entsprechenden Passagen sind die Ratschläge der Freien Berufe zur Wahrung der hohen Qualität größtenteils eingeflochten, was ausdrücklich begrüßt wird.

Erfreulich ist, dass der Gesetzgeber klar die Subsidiarität des Anerkennungsgesetzes zum jeweiligen Fachrecht festgeschrieben hat: Werden im jeweiligen Fachrecht die Anforderungen an die Berufsqualifikation geregelt, ist dies vorrangig. Somit ist gewährleistet, dass es nicht zu den anfänglich befürchteten Einbußen an Qualität und Niveau kommt, die die Selbstverwaltung der Freien Berufe allgemein gewährleistet.

Mit Blick auf die Assistenzberufe begründet Oesingmann die Sorge, dass das Bereitstellen einer Anerkennungsinfrastruktur die zuständigen Stellen mit zusätzlicher Bürokratie und auch Kosten belastet. Die sehr geringen zu erwartenden Fallzahlen im Bereich der Freien Berufe ließen auf ein krasses Missverhältnis zwischen Aufwand und Nutzen eines Anerkennungsgesetzes schließen. Oesingmann: „Wir fordern daher weiter, dass die zuständigen Stellen nicht auf den Kosten für den Verwaltungsmehraufwand sitzen gelassen werden.“

Qualität sichernd, Niveau wahrend und Subsidiarität einhaltend: Diese Grundsätze muss im Übrigen auch die EU bei ihrer Evaluierung der Berufsqualifikationsrichtlinie befolgen.“

Quelle: BFB

## „... So viel Körperschaft wie nötig“

KZV Land Brandenburg als Serviceorganisation ihrer Mitglieder



Das Verwaltungsgebäude in der Helene-Lange-Straße in Potsdam

„... So viel Körperschaft wie nötig“, beschreibt sich die Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg auf ihrer Internetseite. Und weiter: „Soviel Service wie möglich“. Diese anspruchsvolle Zielsetzung bestimmt die Arbeit der 86 überwiegend weiblichen Mitarbeiter der Verwaltung. Vorstand und Angestellte setzen ihren Ehrgeiz daran, Verwaltungserfordernisse möglichst unbürokratisch und effizient zu erledigen und dabei Hilfestellung zu geben, wo sie gebraucht wird - eben einen guten Service zu bieten. Verwaltung muss sein, aber nicht um ihrer selbst willen. Im Vordergrund steht die Frage des Nutzens für die KZV-Mitglieder, also die Zahnärztinnen und Zahnärzte.

Mit jeder Gesundheitsreform, und davon gab es zwölf seit 1989, nahmen die Regulierungsdichte und der Aufwand an Verwaltung zu. Bekanntermaßen gibt es neben der Sozialgesetzgebung kaum ein anderes Gebiet, auf das sich der Gesetzgeber mit mehr Veränderungswut stürzt. Jedes neue Gesetz forderte den Zahnärzten ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit ab. Hier sehen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KZV gefordert, den Umgang mit meist sperrigen Bürokratiemonstern zu erleichtern.

Vor reichlich 20 Jahren wurde die Selbstverwaltung aller Brandenburger Vertragszahnärzte - damals noch als eingetragener Verein - in Potsdam gegründet. Einige Zahnärzte hatten die Zeichen der Zeit erkannt und wollten möglichst vielen Berufskollegen den Weg in die Niederlassung ebnen. In kurzer Zeit entstand eine

funktionierende Selbstverwaltung. Mit derzeit 1639 Vertragszahnärzten (darunter 68 Kieferorthopäden, 21 Oralchirurgen und 15 Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgen) gewährt die KZV Land Brandenburg eine patientenorientierte, qualitative hochwertige zahnärztliche Versorgung, womit sie die ihr vom Gesetzgeber übertragene Aufgabe der Sicherstellung des zahnärztlichen Versorgungsauftrags erfüllt.

Die Organe der KZVLB sind die Vertreterversammlung, der Vorstand und für die Bearbeitung der laufenden Geschäfte die Verwaltung. Die KZVLB vertritt die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Krankenkassen, so insbesondere hinsichtlich der Vertragsgestaltung. Sämtliche vertragszahnärztlichen Leistungen werden mit der KZVLB abgerechnet. Die KZV prüft die eingehenden Abrechnungen und rechnet ihrerseits mit den Krankenkassen ab. Weiterhin sichert die KZVLB die Qualität der zahnärztlichen Versorgung, indem sie die Leistungen der Zahnärzte sowohl in fachlicher Hinsicht als auch unter wirtschaftlichen Aspekten prüft. Die KZV bietet ihren Mitgliedern regelmäßig Möglichkeiten der Fortbildung. Auch berät sie in rechtlichen Fragen, sowie in Abrechnungs- und Vertragsangelegenheiten.

Auch Patienten kommt der Service der KZVLB zugute. Für sie wurde eine Patientenberatungsstelle eingerichtet, die kostenfreie Beratungssprechstunden bietet. Über 60.000 Ratsuchende nahmen bisher diese Hilfe in Anspruch. (CP)

# Spannende Karriere für vielfältige Talente

Kostenlose Infobroschüre zur Ingenieurskarriere der Brandenburgischen Ingenieurkammer (BBIK) erschienen



## Brandenburgischer Ausbildungspreis

Die Partner des Brandenburgischen Ausbildungskonsenses wollen auch in diesem Jahr einen Ausbildungspreis vergeben und damit das Engagement zur Qualitätssicherung und -verbesserung in der betrieblichen Ausbildung fortsetzen. Für das Land Brandenburg loben die Partner des Brandenburgischen Ausbildungskonsenses für das Jahr 2011 sieben Preise à 1.000 Euro für hervorragende betriebliche Ausbildung zur Gewinnung des Fachkräftenachwuchses im Land Brandenburg und einen Sonderpreis in Höhe von 1.000 Euro für die betriebliche Ausbildung von Menschen mit Behinderung zur Unterstützung der betrieblichen Ausbildung aus.

Auswahlkriterien sind:

- Konstanz der Ausbildung
- Qualität der Ausbildung
- Ausbildung von benachteiligten bzw. behinderten jungen Menschen
- Ehrenamtliches Engagement des Ausbildungsbetriebes
- Innovative Ausbildungselemente
- Arbeit mit Kooperationspartnern
- Interkulturelles Engagement

Die Bewerber müssen nicht in allen Kategorien besondere Leistungen vorweisen können. Teilnahmeberechtigt sind Unternehmen des Landes Brandenburg. Die Bewerbungen sollen außer den Angaben zu den Auswahlkriterien Angaben zum Unternehmen, insbesondere zur Ausbildungsentwicklung und Beschäftigungszahlen enthalten.

Die Jury setzt sich aus je einem Mitglied der Konsenspartner zusammen.

Bewerbungsbogen stehen zum Download unter [www.ausbildungskonsens-brandenburg.de](http://www.ausbildungskonsens-brandenburg.de) bereit. Bewerbungen sind bis 31. August 2011 (Einsendeschluss) zu richten an:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie  
Carola Mahncke  
Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam  
Fax: 0331 866 50 49  
E-Mail: [carola.mahncke@masf.brandenburg.de](mailto:carola.mahncke@masf.brandenburg.de)

Die Preisübergabe durch Minister Baaske ist für den 20. Oktober 2011 von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr im Brandenburg-Saal der Staatskanzlei geplant.

Die Nachwuchsprobleme qualifizierten Nachwuchses und die Auswirkungen des demografischen Wandels erfordern auch im Ingenieurwesen bei der Nachwuchsgewinnung besondere Anstrengungen.

Mit „Ingenieure treffen Schule“ initiiert die Brandenburgische Ingenieurkammer daher seit einiger Zeit eine Veranstaltungsreihe, die sich direkt an Schüler wendet, die noch im Schulprozess, aber bereits in der ernsthaften Phase der Berufsfindung stehen. Ausgehend von der derzeitigen Alterssituation auch in unserer Kammer, wie in der gesamten Bundesrepublik, und der jährlich wachsenden Zahl von offenen Ingenieursstellen wissen wir, dass Nachwuchsgewinnung bereits in der ersten Berufsfindungsphase beginnen muss. Bei künftigen Abiturienten soll das Interesse für dieses Berufsbild geweckt, die Vielzahl der Möglichkeiten, Perspektiven und Ent-

wicklungswege aufgezeigt und natürlich auch in jungen Kreisen das Berufsbild des Ingenieurs gestärkt und besser platziert werden.

Eigens zur Veranstaltungsreihe hat die BBIK eine neue Begleitbroschüre herausgebracht. Unter dem Motto „Spannende Karriere für vielfältige Talente“ erhalten interessierte Berufssuchende einen umfassenden Überblick über die Perspektiven und Möglichkeiten des Ingenieurwesens. Die Informationsbroschüre kann von Schulen, Gymnasien und Oberstufenzentren des Landes Brandenburg und sonstigen Interessenten kostenfrei bei der Brandenburgischen Ingenieurkammer unter [info@bbik.de](mailto:info@bbik.de) in der gewünschten Stückzahl angefordert werden.

Daniel Petersen

## Neuer LFB Mitgliedsverband

Der Landesverband der Freien Berufe Land Brandenburg (LFB) ist seit Mai um einen Mitgliedsverband reicher.

Die Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbandes der Restauratoren (VDR) beantragte die Aufnahme in den Verband. Der Antrag wurde im Präsidium einstimmig angenommen.

Der LFB freut sich über das neue Mitglied und sagt: „Herzlich willkommen!“

MASF

## Elektronische Rechnungen: Bürokratische Hürden fallen

Am 1. Juli 2011 treten durch das Steuervereinfachungsgesetz Neuregelungen in Kraft, die es auch mittelständischen Unternehmen und Freiberuflern erleichtern, auf elektronische Rechnungsversendung umzustellen. Auf die heute dafür noch notwendige qualifizierte elektronische Signatur (QES) bzw. eine „Anbieter-Akkreditierung“ nach dem Signaturgesetz kann nämlich ab diesem Datum verzichtet werden. Hieraus ergeben sich vielfältige Möglichkeiten für die Übermittlung elektronischer Rechnungen: per E-Mail mit und ohne Dateianhang, via PC-Fax oder Fax-Server, als Web-Download oder mit De-Mail oder E-Post. Voraussetzung bleibt, dass der Rechnungsempfänger dem vorgesehenen Übermittlungsverfahren vorher zugestimmt haben muss. Weitere Bedingung – insbesondere für die Anerkennung im Vorsteuerabzugsverfahren – ist die eigenverantwortliche Sicherstellung eines „verlässlichen Prüfpfades“ innerhalb des Betriebes, der die Echtheit der Herkunft und die Unversehrtheit des Inhaltes der Rechnung gewährleisten soll. Hört sich kompliziert an, ist aber ganz einfach: Es geht hierbei lediglich um die schon in der normalen Buchhaltung üblichen Prüfungen erfolgter Leistungen, der Korrektheit der Bankverbindung sowie den Vergleich von Lieferschein und Rechnung. Weitergehende Informationen finden Sie auf den Websites des Bundesministeriums der Finanzen (BMF)

Quelle: DZV

# Förderung für Medizinstudenten

## KV Brandenburg gewährt finanzielle Unterstützung für Famulaturen und Blockpraktika

Brandenburg hat bundesweit die geringste Arztdichte. Kommen im Bundesdurchschnitt auf einen Vertragsarzt 675 Einwohner, sind es in Brandenburg 787. Noch größer fällt die Differenz aus, wenn man die Versorgungssituation bei den Hausärzten betrachtet. Versorgt im Land Brandenburg ein Hausarzt 1.718 Einwohner, sind es im Bundesdurchschnitt nur 1.580, in Bayern gar nur 1.431 Einwohner.

Daher ist es für die KV Brandenburg (KVBB) eine der vordringlichsten Aufgaben, sich intensiv der Gewinnung ärztlichen Nachwuchses zu widmen. Entscheidend ist, so früh wie möglich Kontakt zu den zukünftigen ärztlichen Kollegen aufzunehmen und diese bereits im Laufe des Studiums an das Berufsfeld eines niedergelassenen Arztes heranzuführen.

Seit vielen Jahren versucht die KVBB, junge Ärzte mittels bestimmter finanzieller und struktureller Anreize nach Brandenburg zu holen. Vor zwei Jahren hat sie ein Förderprogramm speziell für Medizinstudenten aufgelegt. Diese erhalten im Rahmen von Famulaturen und Blockpraktika, die sie bei einem Vertragsarzt im Land Brandenburg absolvieren, eine finanzi-

elle Unterstützung. Sie dient vor allem zur Begleichung von Aufwendungen, die dem Studenten z. B. durch Fahrtkosten oder die Unterkunft am Tätigkeitsort entstehen. Zusätzlich erhalten auch die Vertragsärzte, die einen geförderten Studenten betreut haben, eine Förderung.

Aufgrund des großen Interesses der Studierenden hat die Anzahl der möglichen Förderungen in den letzten beiden Jahren jedoch nicht ausgereicht, um die Nachfrage zu befriedigen. So sind die verfügbaren Fördermittel für dieses Jahr bereits zum jetzigen Zeitpunkt komplett ausgeschöpft.

Die KVBB reagiert nun auf die große Nachfrage und weitet die Anzahl der möglichen Förderungen ab dem nächsten Jahr aus. So können im Jahr 2012 insgesamt 32 Studierende, die eine Famulatur in Brandenburger Praxen durchführen, gefördert werden. Pro Student stehen dafür 250,- € zur Verfügung. Zusätzlich werden 20 Studierende im Rahmen von Blockpraktika mit jeweils 120,- € unterstützt. Insgesamt werden somit im nächsten Jahr 10.400,- € in diesem Programm verteilt.

Ralf Herre



**KVBB**  
Kassenärztliche Vereinigung  
Brandenburg

### Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt des Landesverbandes der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.

Herausgeber:

Landesverband der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.

V.i.S.d.P.:

Dipl. Med. Thomas Schmidt,  
Michael Klauß

LFB-Geschäftsstelle: Ines Philipp  
Helene-Lange-Str. 4-5, 14469 Potsdam  
Tel.: 0331-2977- 413, Fax: 0331-2977- 171  
info@freie-berufe-brandenburg.de, www.freie-berufe-brandenburg.de

Satz/Layout: Agentur Hentschel,

Yorckstraße 4, 14467 Potsdam,  
Tel: 0173-6069949,


E-Mail: cp@agentur-hentschel.de


Druck: Hans Giesemann GmbH&Co. KG,  
A.-Scheunert-Allee 2,  
14558 Bergholz-Rehbrücke


## Anzeigenpreise

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 20.06.2011

 1 Seite: 265,00 Euro

 1/2 Seite: 159,00 Euro

 1/4 Seite: 95,40 Euro

 1/8 Seite: 57,24 Euro

## Anzeigenschaltung

Bitte wenden Sie sich an die Leiterin der LFB-Geschäftsstelle. Frau Philipp berät Sie gerne und nimmt Ihre Anzeigen entgegen.



Geschäftsstelle:

Helene-Lange-Str. 4-5, 14469 Potsdam  
Tel.: 0331-2977- 413

Fax: 0331-2977- 171

info@freie-berufe-brandenburg.de  
www.freie-berufe-brandenburg.de

# apoBank feierte Jubiläum

Filiale Potsdam seit 20 Jahren Partner für Heilberufler



Das Team der Potsdamer Filiale der apoBank

(PM apoBank) Seit mehr als 100 Jahren ist die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) als Standesbank deutschlandweit ein Partner der Apotheker, Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte sowie ihrer Organisationen und Verbände. Am 14. Januar 1991 legte sie kurz nach der Wiedervereinigung mit einer Filiale in Potsdam den Grundstein für ihren Erfolg in Brandenburg. Am 18. Mai feierte die Filiale ihr 20-jähriges Bestehen.

Die Veranstaltung bot auch die Gelegenheit, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. 1991 startete die apoBank in Potsdam mit einem kleinen Team von fünf Mitarbeitern. Heute umfasst das Team um Direktor Jürgen Nitsche 30 Mitarbeiter sowie zwei Auszubildende. Rund 6.000 Kunden werden aktuell über die Potsdamer Filiale und deren Außenstellen in Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg/Havel

betreut. Auch das Gesundheitswesen, in dem die apoBank und ihre Kunden aktiv sind, hat sich in den vergangenen 20 Jahren gewandelt. Hierauf hat sich die apoBank eingestellt. „Der Gesundheitsmarkt wird immer komplexer. Unsere Kunden legen vor diesem Hintergrund großen Wert auf eine umfassende Beratungsleistung, die einem ganzheitlichen Ansatz folgt und die jeweilige private Situation ebenso berücksichtigt wie die betriebliche Lage“, erläuterte Jürgen Nitsche. Dabei geht ihr Engagement weit über Finanzierungsfragen und das tägliche Bankgeschäft hinaus und umfasst immer auch eine qualifizierte betriebswirtschaftliche Beratung. Als Standesbank betreut die apoBank ihre Kunden individuell und lebensphasenbezogen, das heißt vom Studium, über die Anstellung oder Niederlassung bis hin zu Praxisabgabe und Ruhestand.

## Lohnsteuerkarte endgültig obsolet

Die „gute alte (Papier)Lohnsteuerkarte“ gibt es bald nicht mehr. Ab 1. Januar 2012 wird das gesamte Verfahren voraussichtlich nur noch voll elektronisch ablaufen. Ein entsprechender Referentenentwurf zur Änderung des Verfahrens wurde vom Bundesministerium für Finanzen vorgelegt. Demnach soll der Arbeitgeber dann unter Angabe des Geburtsdatums und der Steueridentifikationsnummer seiner Auszubildenden bzw. Mitarbeiter(innen) sowie seiner eigenen Wirtschaftsidentifikationsnummer über ein Portal („EiStAM“-Datenbank) die elektronische Lohnsteuerkarte abrufen können. Im Rahmen seines Abrufs muss der Arbeitgeber eventuelle Freibeträge und weitere Beschäftigungs-

verhältnisse seiner Arbeitnehmer mitteilen. Bei Statusänderungen (z.B. durch Heirat, Wechsel der Religionszugehörigkeit, Umzug) ist vorgesehen, dass die örtlichen Meldebehörden die Informationen automatisch an das Bundeszentralamt für Steuern weiterleiten. Die Änderungen der Lohnsteuerabzugsmerkmale erfährt der Arbeitgeber in diesem Konzept wahlweise durch eigenen monatlichen Datenabruf aus der Online-Datenbank oder über einen E-Mail-Mitteilungsservice. Der Arbeitnehmer kann sich die über ihn gespeicherten „EiStAM“-Daten bei seinem Finanzamt ausdrucken lassen.

Quelle: „Der Steuerzahler“

## Europäischer Tag der Freien Berufe

Am 6. Juni fand in Brüssel der „Europäische Tag der Freien Berufe“ statt. Im Rahmen seiner Funktion als Vizepräsident der Confédération Européenne hielt der Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer, Dr. Herbert Becherer, einen Vortrag über die zentralen Anliegen der Steuerberater gegenüber der europäischen Politik. Zentrales Anliegen der Steuerberater ist die Überarbeitung der Verbraucherschutz-Richtlinie, die sich aktuell im parlamentarischen Verfahren befindet. Sie stelle zu hohe Anforderungen an die Informationspflichten der Dienstleister gegenüber den Verbrauchern. Kritik wurde auch am Evaluationsbericht der EU-Kommission zur Dienstleistungs-Richtlinie geäußert, in dem die Kommission vorschlägt, die Anforderungen an die Beteiligungsverhältnisse an Steuerberatungsgesellschaften zu überprüfen. Dieser Vorschlag gehe, so Becherer, in die falsche Richtung, denn die Kapitalbindung diene der Sicherung unabhängiger Steuerberatung und dem Ausschluss gewerblicher Interessen.

Der vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierte „Europäische Tag der Freien Berufe“ widmete sich der Frage, welche Werte die verschiedenen freien Berufe in Europa teilen und wie sie deren Beachtung überwachen. Dabei wurden insbesondere die Themen Unabhängigkeit, Qualifikation und Transparenz angesprochen.

Quelle: Kammer-Report

## Arbeitskreis „Junge Freie Berufe“ in Berlin gegründet

(BFB) Im April wurde der BFB-Arbeitskreis „Junge Freie Berufe“ in Berlin gegründet. Vorsitzender ist der 38-jährige Diplom-Ingenieur Mathias Krause aus Hamburg. Seine Stellvertreterin ist die 29-jährige Zahnärztin Juliane Gnoth aus Berlin.

Die Runde erstellte ein Arbeitsprogramm und legte erste Themen zur Bearbeitung fest. Ziel des Arbeitskreises ist es, junge Berufsträger für die Besonderheiten der Freien Berufe zu sensibilisieren, spezielle Herausforderungen für Berufsträger unter 45 Jahren zu identifizieren, Berufstartern einen Erfahrungsaustausch über Netzwerke zu ermöglichen und schon frühzeitig positive Impulse für berufspolitisches Engagement zu geben.

„Ich habe meine Chance als Ärztin genutzt – mit dem „apoWomen’s Network“ wird mir ein starkes Forum in meiner Region geboten. So kann ich neue Kontakte knüpfen und mich über sämtliche Bereiche austauschen – beruflich und privat.“

## Beruf und Alltag ist eine Herausforderung. „apoWomen’s Network“ hilft mir, meine Ziele zu erreichen.

Im Rahmen unserer zweiten Veranstaltung dieses Jahres laden wir Sie herzlich ein zum Seminar

### **Zeit- und Selbstmanagement: „Keep it simple“.**

Termin: Mittwoch, 31. August 2011, 17.30 Uhr bis ca. 21.30 Uhr

Ort: ETL Center, Mauerstraße 86-88, 10117 Berlin

Anmeldeschluss: 19. August 2011

Teilnehmergebühr: 69,00 Euro pro Person

Wie können Zeitdruck und Hektik im Praxisalltag verringert werden? Wie kann im Praxisalltag am effektivsten die Zeit genutzt werden, damit private Bedürfnisse nicht auf der Strecke bleiben?

Darauf gibt Referentin Ute C. Amting von Kock & Voeste praxisnahe Antworten in ihrem Seminar. Es werden vier Fortbildungspunkte gemäß Richtlinien der jeweiligen Kammer angestrebt.

Ja, an der Veranstaltung „apoWomen’s Network“ am 31. August 2011 nehme ich teil.

Name/Vorname/KtoNr./Filiale: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schicken Sie uns Ihre verbindliche Anmeldung bitte einfach an  
Deutsche Apotheker- und Ärztebank, Filiale Potsdam, Hegelallee 12, 14467 Potsdam  
oder per E-Mail an [filiale.potsdam@apobank.de](mailto:filiale.potsdam@apobank.de)  
oder faxen Sie dieses Formular ausgefüllt an: die 0331 27521-90.



Weil uns mehr verbindet.

